Schlagwort-Nr. 23018. Online seit 14.01.2013, aktualisiert am 10.03.2014.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) in Preußen

Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) hatten sich im Verlauf des Ersten Weltkrieges von den Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) abgespalten. Wie im Reich so kamen auch im größten Gliedstaat Preußen in der Novemberrevolution 1918 beide Parteien zusammen an die Macht und bildeten am 14. November 1918 eine Regierung der Volksbeauftragten.

Unter den USPD-Politikern erlangte insbesondere Adolph Hoffmann als Kultusminister Prominenz, der in den zwei Monaten seiner Amtszeit beispielsweise die – später zurückgenommene – Abschaffung des Religionsunterrichts durchsetzen konnte. Insgesamt konnte sich aber auch in Preußen die MSPD politisch immer mehr durchsetzen. Vorstellungen der USPD, die Rätebewegung in die neue Staatsordnung zu integrieren und einen Mittelweg zwischen parlamentarischer Demokratie und Bolschewismus zu beschreiten, wurden nicht realisiert. Am 21. Dezember beschlossen die Volksbeauftragten, am 26. Januar 1919 Wahlen zu einer verfassunggebenden preußischen Landesversammlung durchzuführen.

Zum Bruch zwischen beiden Parteien kam es anlässlich der blutigen Niederschlagung der Meuterei der Volksmarinedivision am 24. Dezember 1918 in Berlin, die ohne Rücksprache mit der USPD von der MSPD eingeleitet wurde. Am 3. Januar 1919 verließen die USPD-Minister nominell aus Solidarität mit ihren Parteigenossen, die am 29. Dezember den Rat der Volksbeauftragten des Reichs verlassen hatten, das Kabinett. Objektiv zogen sie die Konsequenz aus ihren politischen Niederlagen.

Nur der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD weigerte sich, zurückzutreten. Er wurde am 4. Januar entlassen, woraufhin am 5. Januar der Spartakusaufstand begann. An diesem waren auch linke USPD-Politiker wie Georg Ledebour beteiligt. Vermittlungsversuche gemäßigter Exponenten der Partei wie Hugo Haase, Rudolf Breitscheid und Wilhelm Dittmann scheiterten. Der Aufstand wurde am 12. Januar niedergeworfen.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung bekam die USPD 7,4 % der Stimmen bzw. 24 Mandate. Auch hier konnte sie sich mit ihren Forderungen, etwa nach einer Arbeiterkammer neben dem Parlament, nicht durchsetzen. Dementsprechend stimmten ihre Abgeordneten dem Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt am 20. März nicht zu. Auch der preußischen Verfassung vom 30. November 1920 verweigerte die USPD ihre Zustimmung.

Als am 20. Februar 1921 der erste preußische Landtag der Weimarer Republik gewählt wurde, musste die USPD trotz des erstmaligen Antretens der Kommunistischen Partei (KPD) nur geringe Stimmverluste hinnehmen. Sie kam auf 6,4 % bzw. 27 Mandate. In diese Wahlperiode fiel die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Nachdem sich bereits im Dezember 1920 die Parteilinke der USPD der KPD angeschlossen hatte, vereinigte sich die Rest-USPD im Dezember 1922 mit der MSPD. Die USPD blieb aber als Splitterpartei weiter bestehen. Sie erreichte bei den Landtagswahlen am 7. Dezember 1924 0,4 % und bei denen am 20. Mai 1928 nur noch 0,1 %. Bei beiden Wahlen konnte sie kein Abgeordnetenmandat mehr gewinnen.

Beteiligung an der Landesregierung 1917-1929:

Kabinett	**Ministerposten**
Rat der Volksbeauftragten (14. November 1918 bis 25. März 1919)	Vorsitzender der preußische Regierung bzw. des Staatsministeriums (Heinrich Stroebel zusammen mit Paul Hirsch (MSPD), bis 4. Januar 1919), Justiz (Kurt Rosenfeld zusammen mit Wolfgang Heine (MSPD), bis 4. Januar 1919), Inneres (Rudolf Breitscheid zusammen mit Paul Hirsch (MSPD), bis 4. Januar 1919), Finanzen (Hugo Simon zusammen mit Albert Südekum (MSPD), bis 4. Januar 1919), Landwirtschaft (Adolf Hofer zusammen mit Otto Braun (MSPD), bis 4. Januar 1919), Wissenschaft (Adolph Hoffmann zusammen mit Konrad Haenisch (MSPD), bis 4. Januar 1919)

Literatur:

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 101.

KRAUSE, Hartfrid, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Studien zu Gesellschaftstheorien), Frankfurt am Main, 1975.

MÖLLER, Horst, Preußen von 1918 bis 1947, Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 149-318, hier 172-240 und 312 f.

Empfohlene Zitierweise:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) in Preußen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 23018, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/23018. Letzter Zugriff am: 04.05.2024.